

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
1. Kapitel: Einleitung	21
1.1 Thema, Relevanz und Fragestellung	21
1.2 Untersuchungsrahmen	27
1.3 Methodik	32
1.4 Empirischer Aufbau des Buches	34
1.5 Forschungsstand	36
2. Kapitel: Die Politik der Bundesrepublik Deutschland in der NATO bis 1990	41
2.1 Die außen- und sicherheitspolitischen Interessen Westdeutschlands	41
2.2 Die Wiederbewaffnung	43
2.3 Nukleare Mitsprache als zentrales Ziel der deutschen Bündnispolitik	45
2.4 Die Debatte um „Flexible Response“	47
2.5 Der NATO-Doppelbeschluss	49
2.6 Die NATO im Prozess der deutschen Vereinigung	55
2.7 Fazit	59
3. Kapitel: Analyserahmen – Das Funktionsverständnis von internationalen Institutionen	61
3.1 Internationale Institutionen als Instrumente staatlicher Außenpolitik	61
3.1.1 Das Konzept des Funktionsverständnisses	61
3.1.2 Definition und Bedeutung internationaler Institutionen	63
3.1.3 Prämissen des funktionalen Institutionalismus	65
3.1.4 Allgemeine und spezifische Funktionen internationaler (Sicherheits-) Institutionen	68
3.1.5 Sicherheits- und Einflussinteressen in der institutionellen Kooperation	74
3.2 Akteursspezifische Bestimmungsfaktoren des Funktionsverständnisses	77
3.2.1 Perzeptionen der Sicherheits- und Einflussinteressen	77
3.2.2 Die Analyse der bürokratischen Politik	77
3.2.3 Kompatibilität des institutionalistischen Ansatzes mit ideellen Faktoren	80

4. Kapitel: Deutschland und die Osterweiterungen der Nordatlantischen Allianz	84
4.1 Neue Problemlagen und neue Funktionen: Die euro-atlantischen Sicherheitsinstitutionen nach dem Ende des Kalten Krieges	84
4.1.1 Die veränderte Sicherheitslage in Europa	84
4.1.2 Funktionen der institutionellen Kooperation und Integration	89
4.1.3 Die „neue europäische Sicherheitsarchitektur“: Vorstellungen und Ziele	90
4.2 Die erste Erweiterungsrunde des Bündnisses (1993-1999)	94
4.2.1 Der Startschuss: Rühes politische Initiative im Frühjahr 1993	94
4.2.1.1 Hintergrund und Motive	94
4.2.1.2 Innenpolitische und internationale Resonanz	97
4.2.2 Von der grundsätzlichen Öffnung bis zu den Entscheidungen über das „Warum“ und „Wie“ des Beitrittsprozesses	102
4.2.2.1 Der NATO-Gipfel im Januar 1994 und die Partnerschaft für den Frieden	102
4.2.2.2 Transatlantische und regierungsinterne Differenzen	104
4.2.2.3 Die Erweiterungsstudie der NATO	107
4.2.3 Die Beziehungen zwischen der NATO und Russland	109
4.2.3.1 Die besondere Stellung Russlands in der europäischen Sicherheitspolitik	109
4.2.3.2 Die Entwicklung des doppelgleisigen Ansatzes	114
4.2.3.3 Die Formalisierung der Beziehungen zwischen der NATO und Russland	116
4.2.4 Die letzten Weichenstellungen: Der Madrider Gipfel 1997 und die Debatte um das „Wer“	120
4.2.5 Die innenpolitische Debatte über Kosten und Nutzen der NATO-Osterweiterung	123
4.2.5.1 Divergierende Annahmen und Kostenschätzungen im transatlantischen Verhältnis	123
4.2.5.2 Die Kostendebatte in den USA und Deutschland	126
4.2.5.3 Die Erweiterungsdebatte im Deutschen Bundestag: Umsetzung und Ziele der Osterweiterung aus parteipolitischer Perspektive	129
4.2.6 Zwischenfazit zur ersten Erweiterungsrunde	132
4.2.6.1 Gestaltungswille der deutschen Politik	132
4.2.6.2 Funktionsverständnis: Institutionelle Sicherheits- und Einflussinteressen	134
4.2.6.3 Analyse der bürokratischen Politik	136
4.3 Die zweite Osterweiterung (1998-2004)	137
4.3.1 Die Politik der offenen Tür	137
4.3.2 Der Weg zum Washingtoner Gipfel 1999 und die Erweiterungsoptionen	139
4.3.2.1 Die Positionen der NATO-Partner und die Auswirkungen der Kosovo-Krise	139

4.3.2.2	Die Ergebnisse des Gipfels und die Erweiterungsoptionen	143
4.3.3	Der Folgeprozess nach dem Washingtoner Gipfel	145
4.3.3.1	Warten auf Amerika: Die deutsche Regierungspolitik	145
4.3.3.2	Die Debatte gewinnt an Fahrt: Erste Anzeichen für eine große Erweiterungsrunde	148
4.3.4	Der 11. September 2001 als Katalysator der zweiten Osterweiterung	150
4.3.4.1	Die Bedeutung der Terroranschläge	150
4.3.4.2	Die Neuausrichtung der US-amerikanischen NATO-Politik	150
4.3.4.3	Die Neugestaltung der Beziehungen zwischen Russland und der NATO	152
4.3.5	Die Entscheidungen des Prager Gipfeltreffens vom November 2002	155
4.3.5.1	Der Weg nach Prag	155
4.3.5.2	Ausblick: Zukünftige Erweiterungsrunden	157
4.4	Fazit – Die deutsche Politik gegenüber der ersten und zweiten Erweiterungsrunde	159
4.4.1	Gestaltungswille der deutschen Politik	159
4.4.2	Funktionsverständnis: Institutionelle Sicherheits- und Einflussinteressen und bürokratische Politik	160
5. Kapitel: Deutschland, das militärische Krisenmanagement und die Transformation der NATO		165
5.1	Deutschland und die Weichenstellungen nach dem Ende des Kalten Krieges	166
5.1.1	Die Stellung Deutschlands vor dem Hintergrund politischer und verfassungsrechtlicher Beschränkungen	166
5.1.2	Der Weg der NATO vom Strategischen Konzept 1991 bis zum bosnischen Bürgerkrieg	167
5.1.2.1	Die Neuformulierung der NATO-Strategie 1991	167
5.1.2.2	Der Jugoslawienkonflikt und die europäische Sicherheit: Problemlagen und Interdependenzen	169
5.1.2.3	Krisenmanagement als neue Funktion der europäischen Sicherheitsinstitutionen und der Bundeswehr	171
5.1.2.4	Der Schritt zu einem „robusten“ Engagement: Die Durchsetzung der Schutzzonen	173
5.2	Deutschland, die NATO und der Krieg in Bosnien-Herzegowina (1994-1995)	175
5.2.1	Das Gipfeltreffen der Allianz im Januar 1994	175
5.2.2	Das NATO-Ultimatum vom 9. Februar 1994	177

5.2.3	Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 1994 und das deutsche Bosnien-Engagement	179
5.2.4	Die Eskalation des Konflikts um die Schutzzone Bihac und die Spaltung der NATO	181
5.2.4.1	Der NATO-Zusammenhalt auf dem Prüfstand	181
5.2.4.2	Die Reaktion der deutschen Politik auf die erste Voranfrage der NATO	185
5.2.4.3	Die Debatte um die Unterstützung eines UNPROFOR- Abzugs	187
5.2.4.4	Die Entscheidung für eine Schutzkomponente der UNPROFOR	188
5.2.5	Beteiligung an der Friedenserzwingung über Umwege: Der deutsche Beitrag zur <i>Operation Deliberate Force</i>	193
5.2.6	Deutschland und die <i>Implementation Force</i>	196
5.2.6.1	Die Diskussion um den deutschen Beitrag	196
5.2.6.2	Die Einbindung Russlands und das Verhältnis zwischen Moskau und der NATO	199
5.2.6.3	Einflusspolitik durch den deutschen IFOR-Beitrag?	200
5.2.7	Zwischenfazit	202
5.2.7.1	Gestaltungswille der deutschen Politik	202
5.2.7.2	Funktionsverständnis: Institutionelle Sicherheits- und Einflussinteressen	203
5.2.7.3	Analyse der bürokratischen Politik	206
5.3	Die militärische Intervention der NATO im Kosovo (1998-1999)	208
5.3.1	Internationale Reaktionen auf die Eskalation der Gewalt	208
5.3.2	Erste militärische Planungen	210
5.3.3	Der erste Mobilmachungsschritt der NATO (ActWarn)	213
5.3.4	Die Kosovo-Politik der neuen rot-grünen Bundesregierung und die Entscheidung des alten Bundestages	216
5.3.4.1	Besuch der neuen Regierung in Washington	216
5.3.4.2	Die Debatte im Deutschen Bundestag am 16. Oktober 1998	218
5.3.5	Die Reaktion Deutschlands und der NATO auf das „Massaker von Racak“	220
5.3.6	Die NATO- <i>Operation Allied Force</i>	224
5.3.6.1	Die deutsche Beteiligung	225
5.3.6.2	Die Verknüpfung der Luftangriffe mit dem politischen Prozess	226
5.3.7	Kosovo und die Neuformulierung der NATO-Strategie	230
5.3.7.1	NATO-Krisenmanagement ohne VN-Mandat: Kosovo als Präzedenzfall?	231
5.3.7.2	Die geographische Reichweite des Krisenmanagements	235
5.3.8	Friedenserzwingung durch Bodentruppen?	238
5.3.9	Deutschlands Rolle in der KFOR	242

5.3.10	Die Einbindung Russlands in die westliche Kosovo-Politik	244
5.4	Fazit: Deutschland und das NATO-Krisenmanagement in den 1990er Jahren	246
5.4.1	Gestaltungswille der deutschen Politik	246
5.4.2	Funktionsverständnis: Institutionelle Sicherheits- und Einflussinteressen	248
5.4.3	Analyse der bürokratischen Politik	254
6. Kapitel: Das transatlantische Verhältnis und der Wandel der NATO nach dem 11. September 2001		256
6.1	Die Terroranschläge in den USA als sicherheitspolitische Zäsur	256
6.2	Internationale Solidarisierung und Krisenentscheidungen der Bündnispartner	257
6.2.1	„Uneingeschränkte Solidarität“ und die Ausrufung des Bündnisfalls	257
6.2.2	Die Debatte im Deutschen Bundestag am 19. September 2001	260
6.2.3	Deutsche und andere NATO-Beiträge zur <i>Operation Enduring Freedom</i>	261
6.2.3.1	Anforderungen der USA an die NATO	261
6.2.3.2	Der deutsche Beitrag zur <i>Operation Enduring Freedom</i>	263
6.2.3.3	Die innenpolitische Diskussion in Deutschland	265
6.2.4	Der deutsche Beitrag zur Internationalen Schutztruppe für Afghanistan	268
6.2.5	Bedrohungswahrnehmung und der Stellenwert des Militärischen im Kampf gegen den Terrorismus: Die deutsche Perspektive	273
6.3	Von Krisen- zu Planungsentscheidungen: Die „Globalisierung“ der NATO	277
6.3.1	Die Entwicklungen bis zum Außenministertreffen in Reykjavik	278
6.3.2	Das militärische Konzept zur Verteidigung gegen den Terrorismus	281
6.3.3	Die <i>NATO Response Force</i> und der Prager Gipfel	283
6.3.3.1	Die Initiative zur Gründung der <i>NATO Response Force</i>	283
6.3.3.2	Das deutsche Verständnis des NRF-Aufgabenspektrums	288
6.3.4	Planungsentscheidungen in Deutschland: Die Entwicklung einer neuen Verteidigungskonzeption	291
6.4	Die Irak-Krise als Testfall für die Nichtverbreitungspolitik der NATO	296
6.4.1	Divergierende Ordnungskonzepte zur Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen	296
6.4.2	Die Nichtverbreitungspolitik in der NATO seit 1991	299
6.4.3	Die deutsche NATO-Politik in der Irak-Falle	305
6.4.3.1	Das doppelte Nein der Bundesregierung	305

6.4.3.2	Der Streit um die Verteidigungspläne für die Türkei	306
6.4.3.3	Motive für die deutsche Ablehnung eines Krieges gegen den Irak	309
6.4.3.4	Die Position der deutschen Oppositionsparteien	313
6.4.4	Perspektiven für die Nichtverbreitungspolitik nach dem Irak-Krieg	315
6.5	Transatlantisches Rapprochement nach dem Ende des Irak-Krieges	320
6.5.1	Der Ausbau des deutschen Afghanistan-Engagements	320
6.5.2	Die NATO und der Wiederaufbauprozess im Irak	325
6.5.3	Deutsche Initiativen zur politischen Wiederbelebung des Bündnisses	328
6.6	Fazit: Deutsche Sicherheitspolitik in der NATO nach dem 11. September 2001	333
6.6.1	Gestaltungswille der deutschen Politik	333
6.6.2	Funktionsverständnis: Institutionelle Sicherheits- und Einflussinteressen	336
6.6.3	Analyse der bürokratischen Politik	340
7.	Kapitel: Schlussfolgerungen	342
7.1	Zusammenfassung der Ergebnisse	342
7.2	Ausblick	354
8.	Literatur- und Quellenverzeichnis	359
8.1	Offizielle Dokumente und Reden	359
8.2	Sekundärliteratur	370
8.3	Medien und Nachrichtendienste	391
	Tabellen- und Abbildungsverzeichnis	393